

SBFI  
Abteilung Hochschulen  
Isabella Brunelli  
Einsteinstrasse 2  
3003 Bern

Bern, 18. Mai 2016

**Revision der Verordnung/des Reglements über die Ergänzungsprüfung für die Zulassung von Inhaberinnen und Inhabern eines eidgenössischen Berufsmaturitätszeugnisses zu den universitären Hochschulen**

**Anhörungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne äussern wir uns zur oben genannten Anhörung wie folgt:

**Die SVP steht dieser Revision kritisch gegenüber.**

**Viele der Berufsfelder, auf die sich die von der FMS angebotenen Bildungsgänge ausrichten (Gesundheit, Soziale Arbeit, Pädagogik, Theater), sind keine traditionellen universitären Fächer. Vielmehr werden sie vorwiegend an Fachhochschulen unterrichtet. Für eine Passerellenlösung besteht daher in dieser Hinsicht kein Bedarf. Für andere FMS-Bildungsgänge (Kunst, Musik, Psychologie) gibt es zwar universitäre Studiengänge. Jedoch herrscht dort bereits heute ein Überangebot an Absolventen.**

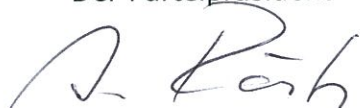
Natürlich würde das Bestehen einer Passerellenprüfung den Zugang zu allen Studienfächern ermöglichen. Es liegt aber auf der Hand, dass die geisteswissenschaftlich ausgerichteten FMS-Absolventen entsprechende Studienfächer wählen würden und dem unbestrittenen Mangel an MINT-Studenten somit keineswegs entgegengetreten würde. Die Öffnung eines universitären Studiums für die ca. 3'500 jährlichen FMS-Absolventen würde daher die Problematik, dass es an den Universitäten zu viele Geisteswissenschaftler gibt, die vom Arbeitsmarkt nur schwer aufgenommen werden können – es sei denn, es handle sich um staatliche oder staatsnahe Stellen – nicht beheben, sondern unter Umständen sogar noch weiter verschärfen.

Im Hinblick auf die Erhaltung bzw. Steigerung der Qualität unseres Bildungssystems wäre es zielführender, wenn der Zugang zu Universitäten nicht erweitert und erleichtert würde, sondern Universitäten wieder vermehrt darauf hin ausgerichtet werden, Eliten und nicht Massen auszubilden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

**SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI**

Der Parteipräsident



Albert Rösti  
Nationalrat

Der Generalsekretär



Martin Baltisser